



Dr. Birgit Malecha-Nissen
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

„Sterben aus der Angst- und Schweigeecke holen“

Berlin, 13.02.2015

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: (030) 227-75165

Fax: (030) 227-70165

birgit.malecha-nissen@bundestag.de

Anlässlich der gestrigen SPD-Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung zum Thema „Würdevoll leben, würdevoll sterben“ erklärt die schleswig-holsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Birgit Malecha-Nissen:

„Wie kann die letzte Lebensphase würdevoll gestaltet werden? Soll der todkranke Mensch, der durch eine schwere Krankheit große Schmerzen hat und ohne jede Hoffnung auf eine Besserung ist, dann Hilfe zum Sterben bekommen? Und wenn ja, wie und in welcher Form soll diese Hilfe aussehen? Wie ist die rechtliche Lage in Deutschland? Diese Fragen diskutierte ich zusammen mit meinen Gästen im Haus am Kloostergarten in Preetz. Zuvor gab es zwei Impulsreferate von meiner Bundestagskollegin und stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden, Dr. Eva Högl, sowie dem Vorsitzenden des Vorsitzenden des Hospiz- und Palliativverbandes Schleswig-Holstein Dr. Hermann Ewald.

Die Diskussion und Anregungen des interessierten Publikums stellte schnell klar: Eine Sterbehilfe durch organisierte Sterbehilfevereine wurde überwiegend abgelehnt. Mit Sterben darf kein Geld verdient werden. Einig waren sich auch alle, dass wir dringend den flächendeckenden Ausbau der Palliativmedizin und Hospize, eine bessere Vernetzung der Intensivstationen und Palliativmedizin sowie eine bessere Finanzierung durch die Krankenkassen brauchen. Die Gesundheitspolitiker der großen Koalition haben einen Vorschlag vorgelegt, nach dem sich der Bund mit mindestens 200 Millionen Euro beteiligt. Ebenso brauchen wir mehr Aufklärung über die Angebote, die es für Sterbende in Schleswig-Holstein gibt. Sterben müsse zudem mehr aus der Angst- und Schweigeecke geholt werden. Familien sollten über die letzte Lebensphase reden und zusammen klären, wie sie aussehen soll. Jeder sollte eine Patientenverfügung machen. Und ganz wichtig auch einen Vorsorgeberechtigten benennen, der sich



um die Umsetzung des letzten Willens kümmert, wenn man selbst nicht mehr in der Lage dazu ist.

Der Abend hat uns gezeigt, dass wir mehr solcher Veranstaltungen brauchen, für mehr Aufklärung und Information. Danke für den regen Austausch und die vielen Anregungen.“

Der Bundestag plant für dieses Jahr einen verlässlichen gesetzlichen Rahmen zur Sterbehilfe auf den Weg zu bringen. Um eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für das Gesetespaket zu haben, diskutiert die SPD-Bundestagsfraktion dieses sensible Thema bundesweit. Der Austausch insbesondere mit Vertretern aus der Hospizarbeit und Palliativmedizin sehr wichtig.